

Leben – Natur – Vielfalt. Schützt die Groko die Biologische Vielfalt?

Verbandsvertreter der deutschen Umwelt- und Naturschutz-Organisationen waren am 7. März 2018 ins BMUB nach Berlin zur Beratung der **Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS)** eingeladen. Auch in diesem Jahr war ich für die Deutsche Gesellschaft für Gartenkunst und Landschaftskultur (DGGL) dort.

Bericht vom Dialogforum Naturschutz X

Die Nationale Biodiversitätsstrategie (NBS) aus dem Jahr 2007 steht weiter als Naturschutzaufgabe im Koalitionsvertrag. Zwar wird es hierzu kein neues Aktionsprogramm geben, die NBS hat aber im neuen, geschrumpften Ministeriumszuschnitt mehr Gewicht. Die Koalition bekennt sich ebenfalls zur **EU-Biodiversitätsstrategie**. Sie ist der Beitrag zur **CBD 2020** (Konferenz 2020 zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt) zu der auch ein neuer strategischer Plan der EU verabschiedet wird.

Auch wenn der Naturschutz nach Aussagen der designierten Bundesumweltministerin im Industrieland Deutschland nur eine nachgeordnete Rolle spielt, so ist es wenigstens gelungen, die Struktur der Naturschutz-Offensive in den Rechenschaftsbericht der Bundesregierung zu bekommen und dafür die Zustimmung aller Ministerien zu erhalten.

Laut Koalitionsvertrag ist ein **EU-Naturschutzfonds** wichtig. Er wurde bereits Anfang März beim Ministerrat in Brüssel eingefordert und nimmt neben der besser auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichteten neuen Förderperiode für die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** eine Schlüsselrolle ein. Ebenfalls im Koalitionsprogramm ist eine **Ackerbaustrategie**, die mit einem **Aktionsprogramm zum Insektenschutz** unterstützt werden soll und die Forderung nach **20% Ökolandbau bis 2030**. Auch eine Neuauflage der **Kompensationsverordnung**, eventuell nur für Bundesvorhaben, soll kommen. Es gibt den **Masterplan "Grün in der Stadt"**, der mit 50 Mio. Euro im neuen Heimatministerium angesiedelt sein wird. Dort landet auch die Städtebauförderung, also die Zuständigkeit für das 30 Hektar-Ziel beim Flächenverbrauch.

Kritisch zu sehen ist der künftige Umgang der Koalition mit "Problemarten" wie Wolf, Kegelrobbe oder Biber. Leider fehlen Aussagen zur Grünen Infrastruktur, dem Biotopverbund und auch die (malwieder) angestrebte **Planungsbeschleunigung** lässt nichts Gutes erwarten. Sie soll auch für den beschleunigten Infrastrukturausbau der Energienetze sorgen. Die erneuerbaren Energien sollen schließlich 65% der Energieversorgung bis 2030 ausmachen. Ebenso fehlt eine Zweckbindung für Naturschutz bei der Gemeinschaftsaufgabe zur **Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)** und zur umweltverträglichen Fischereipolitik. Auch gilt es den Naturschutz in der Waldstrategie 2020 einzufordern.

Bundesprogramm Biologische Vielfalt

Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt wird fortgesetzt und wurde finanziell aufgestockt. 2018 stehen 25 Mio. Euro zur Verfügung, 2019 sogar 30 Mio. Euro. Die Förderrichtlinie wurde überarbeitet und ein Leitfaden zur Evaluation erstellt.

Das neue **Aktionsprogramm zum Insektenschutz** fügt sich hier ein. Die Handlungsnotwendigkeiten gegen den Rückgang der Offenlandarten sind klar, unterstützt durch die Ergebnisse der EFSA - Studie zu den Neonicotinoiden. Folglich hat die EU-Kommission vorgeschlagen, den Freiland-Einsatz für drei Neonicotinoide nicht mehr zuzulassen. 1,13 Mrd Euro Wert der Bestäubungsleistung von Insekten alleine in Deutschland, machen den Handlungsbedarf deutlich. Ein Gesamtkonzept mit Methodenleitfäden, Insektenmonitoring und der wissenschaftlichen Nutzbarmachung von Citizen Science soll noch dieses Jahr vorgelegt werden.

Ebenfalls wurden **Pestizid-Zulassungsverfahren** und die Chancen durch das Greening thematisiert. Erstmals bei Glyphosat wurden 2016 vom UBA auch indirekte Auswirkungen auf die Biodiversität untersucht. Klar ist, eine selektive Wirkung von Bioziden ist ein Mythos. Wirklich integrierter Pflanzenschutz also "high nature value farming", wo chemischer Pflanzenschutz erst als ultima ratio zielgenau eingesetzt wird, wäre eine Lösung. Das BMU und das BMEL arbeiten an einem Eckpunktepapier zum Glyphosat-Ausstieg. Auch sollten die Länder von bereits möglichen Sonderregelungen für Pflanzenschutz in FFH-Gebieten Gebrauch machen.

Sibylle Centgraf, Environmental Policy Advisor Berlin
Beauftragte des DGGL-Bundesverbandes für Verbändebeteiligung beim Naturschutz
www.sibyllecentgraf.de